

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

112 (17.5.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6, Jernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Platzveränderungen und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 112

Montag, den 17. Mai 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In der Berliner Regierungskrise ist nun eine Klärung dahin erfolgt, daß das Zentrum den Kanzler stellen soll. Oberbürgermeister Adenauer-Köln nimmt mit den Parteien noch Fühlung.

In Polen ist die Regierung Bilos und der Staatspräsident zurückgetreten, die Revolution des Marschall Pilsudski also auf der ganzen Linie siegreich.

In Genf gab in der Studentenkommision der deutsche Vertreter Hoeß eine Erklärung zur Frage der Ratsfrage ab. Der Reichstag behandelte am Samstag kleinere Vorlagen und wird auch in nächster Woche weiter beraten. Mitte nächster Woche wird mit der Reaerenerklärung gerechnet.

Das Luftschiff „Morge“ wurde bis Samstag abend noch nicht gesichtet oder durch Funkverbindung entdeckt.

Zur Regierungsbildung.

Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt.

11. Berlin, 17. Mai. Wie die Tel.-Union erfährt, hat der Reichspräsident von Hindenburg den Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt. Das offizielle Kommuniqué über die Ernennung erfolgt im Laufe des heutigen Vormittags.

Dr. Marx wieder Reichskanzler?

11. Berlin, 15. Mai. In der Frage der Regierungsbildung ist, wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, eine neue Wendung eingetreten. Reichswehrminister Dr. Gessler hat dem Reichspräsidenten vorgeschlagen, den Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler zu ernennen. Der Reichspräsident hat einen Brief an Dr. Marx gerichtet, in dem die Bitte gebeten wird, das Kanzleramt zu übernehmen. Der Minister hat sich darauf Bedenkzeit bis Sonntag mittag ausgebeten.

Ein Schreiben Hindenburgs an Dr. Marx.

11. Berlin, 15. Mai. Das Schreiben des Reichspräsidenten an Reichsjustizminister Dr. Marx hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichsjustizminister! Aus dem Berichte, die der von mir der Klärung der politischen Lage bekannte Reichswehrminister Dr. Gessler mir erstattet hat, habe ich ersehen müssen, daß eine Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse und Zusammenfassung entweder überhaupt nicht, oder nur nach langwierigen, im Erfolge zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte. Eine solche lange Regierungskrise verträgt aber die gegenwärtige Lage des Reiches nicht. Es erscheint mir daher zur Überwindung der gegebenen Schwierigkeiten und zur Lösung der vor uns liegenden Aufgabe notwendig, daß die bestehende Reichsregierung ihre Tätigkeit unter neuer Führung forsetzt, und ich bitte sie daher, Herr Reichsjustizminister, als das älteste Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der größten Partei das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.“

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Die parlamentarischen Verhandlungen am Sonntag. Marx' Entscheidung erst heute abend.

11. Berlin, 16. Mai. Im Reichstag herrschte am heutigen Sonntag vormittag reges Leben. Abgeordnete fast aller Parteien hatten sich eingefunden, da bekanntlich in der für 10 Uhr angesetzten Fraktionsitzung des Zentrums die Entscheidung fallen sollte, ob Reichsjustizminister Dr. Marx dem Ruf des Reichspräsidenten, das alte Kabinett als Reichskanzler weiterzuführen, Folge leisten könne. In der Sitzung des Zentrums, an der neben Dr. Adenauer auch der zurückgerufene Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilnahm, kam es jedoch noch nicht zu entscheidenden Beschlüssen. Es stellte sich heraus, daß über verschiedene Fragen, so über die Frage der Fraktionsführerschaft und eine Reihe von noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit der Deutschen Volkspartei, Klarheit geschaffen werden müsse. Die Fraktionsitzung wurde daher auf abends 6 Uhr vertagt. Mit den Führern der Deutschen Volkspartei soll bis dahin erneut in Führung getreten werden. Um 11 Uhr vormittags begab sich Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichspräsidenten, um ihn über die Lage zu unterrichten und um einen Ausschub seiner Entscheidung bis zum Abend zu erbitten. Um 12 Uhr trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen.

Die Grundlagen für die Regierungsbildung. Vereinbarungen zwischen Zentrum u. Deutscher Volkspartei.

11. Berlin, 16. Mai. Am Sonntag fanden zwischen Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei Besprechungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: 1. Die bestehende Regierungskrise muß unverzüglich ge-

löst werden. Deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten. 2. Es besteht Uebereinstimmung darüber, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglichster Beschleunigung die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. 3. Für die Mehrheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit bestehender internationaler Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik eintreten. — Um 8 Uhr dauerten die Verhandlungen des Zentrums noch an. Aus diesem Grunde hat sich auch der vorgesehene Besuch Dr. Marx' beim Reichspräsidenten verzögert.

Das Zentrum gibt Marx für den Kanzlerposten frei.

11. Berlin, 16. Mai. Die Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages war gegen 1/2 Uhr abends beendet. Die Fraktion beschloß, den Reichsjustizminister Dr. Marx zu erfragen, dem Rufe des Reichspräsidenten Folge zu leisten und das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. Dr. Marx begab sich sofort nach Beendigung der Fraktionsitzung zum Reichspräsidenten, um ihm den Beschluß der Zentrumsfraktion mitzuteilen.

Dr. Marx nimmt an.

11. Berlin, 16. Mai. Reichskanzler Dr. Marx hat sich heute abend dem Herrn Reichspräsidenten bereit erklärt, das Reichskanzleramt zu übernehmen.

Berlin, 15. Mai. Zur innerpolitischen Lage erfahren die Blätter: Reichswehrminister Dr. Gessler hat heute mittag dem Reichspräsidenten einen Zwischenbericht über die Lage erstattet. Oberbürgermeister Adenauer hat nicht die Uebernahme der Kabinetsbildung von vornherein abgelehnt, er will aber, ehe er sich endgültig entscheidet, mit den Parteien Fühlung nehmen.

Dr. Adenauers Versuche zur Regierungsbildung

Berlin, 15. Mai. Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. aus parlamentarischen Kreisen hört, hat Oberbürgermeister Dr. Adenauer Samstag mittag die Besprechungen mit den Reichstagsparteien aufgenommen. Er empfing zunächst von den Sozialdemokraten den Abg. Dr. Hilferding und den Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz. Mit den Abgeordneten Guerdar (Zentrum) und Stegerwald (Zentrum) hatte Dr. Adenauer bereits vorher gesprochen. Mit anderen Parteiführern ist der Kölner Oberbürgermeister noch nicht in Verbindung getreten. Wie verlautet, wurde bei diesen Besprechungen auch die Frage der Möglichkeit der Großen Koalition erörtert. Wie wir hören, verhielt sich Dr. Scholz nicht grundsätzlich ablehnend, er hielt aber im gegenwärtigen Augenblick bei den tiefgehenden Gegensätzen zwischen den Parteien die Bildung der Großen Koalition für undurchführbar. Die demokratische Reichstagsfraktion sah in ihrer heutigen Sitzung keinen formellen Beschluß. In der Debatte wurde aber übereinstimmend der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Große Koalition gegenwärtig wohl nicht durchführbar sein werde. Die Fraktion steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß jeder Kanzler unterstützt werden müsse, der ein Kabinett auf der bisherigen Grundlage bilde und keine formale Bindung nach rechts eingeht.

Außenpolitische Umschau

Von Professor Dr. Otto Hoetzsch, M. d. R.

Wieder einmal sind die hauptsächlichsten Staaten mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt. England kämpft mit einem Generalkrieg, einer Krise, wie es nie noch niemals durchgemacht hat. Belgien und Frankreich, deren Währungs- in unauflöslichen Abhängen sind, ringen damit. In Belgien hat die Regierung deshalb schon amediesholt. Deutschland ist mit einer Regierungskrise beschäftigt. Polen desgleichen und hat überdies seine Revolution. Kurz die Aufmerksamkeit in Europa auf die Arbeiten der Studientkommission in Genf ist nicht übermäßig groß. Und doch soll sich mit ihr die Lösung der Völkerbundfrage vorbereiten. Das Völkerbundsekretariat hat schon am 6. September vier Monats vorher, für Montag, den 6. September zur Bundesversammlung eingeladen, auf deren Tagesordnung unter Nummer 10 die Aufnahme Deutschlands, unter Nummer 11 die Vorbereitungen betreffend die Ratsfrage stehen. Noch aber zeichnet sich in keiner Weise erkennbar ab, wie die Lage im September in Genf sein wird.

Für die Studientkommission lagen amtliche Vorschläge überhaupt nicht und in der Presse nur gewisse Vorschlagsideen vor. Die eine bewegt sich in der Richtung, daß man den Völkerbund nach Gruppen, regional, teile und innerhalb jeder Gruppe dann eine wechselnde Vertretung einführt. Das klingt gut, das ist auch grundsätzlich klar, aber das berührt ja so direkt das ganze Wesen des Bundes, das führt ja doch wieder in das Ratsystem von Mächtegruppen zurück, das ist so weittrauend, daß sicherlich geringere Neigung in der Leitung des Bundes besteht, nach der Richtung vorzugehen. Der andere Vorschlag will die Zahl der ständigen Ratsmitglieder mit Ausnahme des Hinzutritts von Deutschland nicht vermehren. Dagegen sollen die nichtständigen Sitze in zwei Teile geteilt werden, eine Gruppe auf 6 Jahre zu wählen und mit dem Recht der Wiederwahl, wobei

man an Polen, Brasilien, Spanien usw. denkt, die andere Gruppe auf zwei Jahre zu wählen und mit dem Verbot der Wiederwahl.

Diesem Gedanken steht Deutschland an sich neutral gegenüber. Aber er differenziert die Völkerbundstaaten außerhalb der ständigen Ratsmitglieder sozusagen in feinerer oder weniger feinerer oder bedeutender oder weniger bedeutender Weise, und den Unterschied läßt sich ein Kleinstaat, der doch auch keine Bedeutung hat, nicht gern gefallen.

Die ersten Sitzungen haben noch keine Einigung gebracht. Man sieht, daß Cecil eine solche wünscht und anstrebt, daß Boncour gewissermaßen sich zurückhaltend verhält und daß Brasilien nicht gewillt ist, von seinem Standpunkt zurückzugehen, wobei manches wieder an einen Zusammenhang mit Italien hinter den Kulissen erinnert.

Deutschland arbeitet hier loyal und aktiv mit. Die Linie, bis zu der es gehen kann, ist wohl deutlich und klar gegeben. Es verlangt, daß sein Recht als das eines gleichberechtigten Großstaates vorbehaltlos anerkannt sei und bleibe und es lehnt Änderungen der Staaten oder Zusammenfassungen rundweg ab, die sich offensichtlich gegen uns richten sollen, die in verschleierter Weise das französische Uebergewicht in Genf nur beseitigen sollen. Mehr ist einstweilen nicht zu sagen.

Sene inneren Krisen, von denen wir sprachen, haben vorläufig eine Rückwirkung auf diese Außenpolitik, die man also in Genf weiter vorwärtszubringen sich bemüht, nicht. Auch nicht der englische Generalkrieg. Denn Chamberlains Schicksal als Außenminister hängt davon nicht ab, sondern das dürfte sich wohl erst entscheiden, wenn die Genfer Frage ihren Ausgang so oder so erkennen läßt. Daß aber das konservative Kabinett darüber fürzt, ist nicht wahrscheinlich. Der Streit ist so eine innere Angelegenheit Englands, die aber natürlich noch außen weite Kreise zieht. Selbstverständlich interessiert uns aufs höchste, wie dort der Kampf zwischen der verfassungsmäßigen Regierung und den Gewerkschaften — denn der Streit ist ein derartiger Kampf nach der politischen Seite — ausläuft. Dann interessiert uns natürlich aufs höchste, die Folgen für den Kohlenmarkt und den Bergbau überhaupt. Wird man in England daran gehen, den Bergbau, der im Kriege und danach mit staatlichen Unterstüzungen unterhalten worden ist, der vielfach technisch rückständig und wirtschaftlich planlos ist, in dem eine Reihe Zeichen streng wirtschaftlich genommen nicht mehr rentabel sind, umzustellen, oder wie der Ausdruck heute lautet, zu rationalisieren? Wird diese tiefgreifende Auseinandersetzung dann weitere Folgen ziehen in die Behandlung der internationalen Kohlenkrise hinein, von der der englische Streit doch nur ein Teil ist? Wird man so verständig sein, auf der anderen Seite dabei auch die Frage der Reparationsföhle aus Deutschland in einer für Deutschland richtigen und zweckmäßigen Weise zu behandeln? Wird man überhaupt darin zu einer internationalen Verständigung kommen, nach der die Lage im Bergbau und auf dem internationalen Kohlenmarkt geradezu schreit?

Schon diese Fragen weisen in die große Politik hinüber. Sie berühren dann überall die Frage der Handelspolitik, die internationale Finanzpolitik. Sie rühren am Dawes-Plan und Schuldenabmachungen in einem Zusammenhang, der sich wahrhaftig noch jedem unbefangenen Beobachter aufdrängt, den man aber auf der anderen Seite in Frankreich, aber auch in England einfach nicht lehen will. Das Budget das Churchill im April eingebracht hat, ist das erste normale Nachkriegsbudget. Sein Defizit soll durch Vuzussteuer aufgebracht werden. Das sind innere englische Angelegenheiten. Aber es hält zugleich den bisherigen englischen Schutzollcharakter aufrecht und wenn Churchill auch nicht alle Wünsche der englischen Schutzöllner befriedigt hat, so geht doch sein Budget in derselben Linie, auf der England sich langsam und ständig in dem Schutzoll und in die Abschließung gegen die anderen hinein bewegt. Das berührt wieder die große Politik. Es zeigt an einer anderen Stelle, daß die Voraussetzungen und Grundlagen des Dawes-Planes für Deutschland sich verschoben. Er ist aufgebaut auf der Möglichkeit, große Exportüberschüsse herauszuwirtschaften. Seit er angenommen wurde, ist diese Möglichkeit immer mehr eingeschränkt worden: Hier durch Schutzollpolitik der anderen, wie namentlich also England, dort durch die schlechten Währungs, die wie bekannt als ein Dumping gegen Industrien in Ländern guter Währung wirken. Kurz alles das läuft ineinander und fordert nun in absehbarer Zeit die Regelung. Aber gerade hier kann man nicht sagen, daß der Völkerbund eine besondere Kraft bewiesen hatte. Die Idee Loucheur, eine Weltwirtschaftskonferenz vorzubereiten war wirklich gut. Jetzt hat die vorbereitende Konferenz dazu stattgefunden, die wenig Beachtung gefunden hat, und das mit einem gewissen Recht. Denn es war wirklich nur Vorbereitung, Entwurf eines riesigen Arbeitsprogrammes, in drei große Parteien, dessen Erledigung große Schwierigkeiten und bestimmt viel Zeit erforderte. Kom es denn darauf an, in einem solchen Programm die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart vollständig anzustellen und zur Bearbeitung zu verteilen? Schließlich, so formuliert die wirtschaftlichen Voraussetzungen heute sind, der große Zusammenhang, in dem sie alle stehen, anders ansachdrückt, die große Not, unter der sie in allen Ländern der Welt leiden, wie der Hunger des Weltkrieges, das läßt sich auf verhältnismäßig einfache und bestimmte Normen zurückführen. So wie 1921 die Brüsseler Konferenz, die die eine Kraae: Küdföhre zum Golde ins Auge faßte, handelte und programmatisch löste. In solcher Weise müßte jetzt an die Arbeit gegangen werden. In dem Sinne, in dem die Völkerbundleitung diese vorbereitende Konferenz angeseht hat, kommt man eben nicht weiter und danach sind die Hoffnungen

nen nicht gering, daß wirklich wichtige, durchaus neue praktische Parafälle zu den zwei bis drei hundertenden Punkten einheitlich herauskommen. Na, was hat der Kaiserbund denn eigentlich für einen Sinn, wenn er mühselig schon um die Zusammenfassung seines Rates ringt, wenn er den immerhin großen Gedanken der Abrüstung nicht vorwärtsbringt, wenn er die wirklich mindestens Europa gemeinsamen Fragen und Räte der Wirtschaft so akademisch behandelt? Man hat nach allen diesen Erfahrungen nicht den Eindruck, daß das Völkerbundssekretariat seiner Aufgabe gewachsen ist und man hat auch nicht den Eindruck, daß die Kreise, denen in England oder Frankreich oder sonst am Völkerbund wirklich etwas liegt, sich dieser Notwendigkeit besonders bewußt wären, sich besonders anstrengen dafür, daß etwas praktisches zustande käme. Und dann soll sich Deutschland, wie manche Kreise bei uns wollen, mit voller Begeisterung in eine Sache hineinbegeben, die bisher Deutschland nur Nachteile gebracht hat und in deren wirklicher Vertretung die eigentlichen Interessenten so lau und schwächlich sind?

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Mai.

Das Handelsabkommen mit Spanien

wurde am Samstag dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Endgültig verabschiedet wird der Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsversicherungsgesetzgebung über die Fürsorgepflicht. Es folgt die zweite Beratung des zweiten Buches der Reichsversicherungsgesetzgebung. Der Entwurf strebt einen Ausgleich in den Lasten der Wochenhilfe zwischen den einzelnen Krankentafeln an.

Abg. Andre (Str.) weist darauf hin, daß gegen Arbeitgeber, die die Zahlung von Beiträgen böswillig unterlassen haben, mehrfach auf Gefängnis erkannt worden ist. Die Krankentafeln sollten die Einziehung der Beiträge anders regeln und sie häufiger einzahlen, damit sich die Summen nicht anhäufen. Wenn bei einem großen Betrieb ein Rückstand von 7 Millionen bestehen sollte, so trage auch die Krankentafel die Schuld, weil sie nicht rechtzeitig zugriffen habe.

Der Gesetzentwurf wird dann in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Kommunisten legen einen Gesetzentwurf vor über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile des Staatsgerichtshofes. Im Namen des Rechtsausschusses beantragt Abg. Graf v. Merveldt (Dn.) Ablehnung der Vorlage.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) widerspricht dem Antrag.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) geht ebenfalls auf den Fall Jürgens ein. Die Tatsache, daß ein Mann in solcher Stellung überhaupt verhaftet wurde, läßt doch darauf schließen, daß schwere Verfehlungen vorliegen.

Abg. Dr. Wandersich (D. Vp.) lehnt Ausnahmebestimmungen gegen den Staatsgerichtshof ab, ebenso verurteilt er sich ein Einsehen auf den Fall Jürgens, da die Hauptverhandlung noch nicht stattgefunden habe und ein rechtskräftiges Urteil noch nicht vorliege.

Bei der Abstimmung muß Aussäufung erfolgen. Für die Ablehnung des kommunistischen Gesetzentwurfs stimmen 138 Abgeordnete, dagegen 104. Das Haus ist also beschlußunfähig, da 4 Stimmen fehlen.

Nächste Sitzung: Montag 3 Uhr: Reichsfinanzhaushaltsgesetz, Kleine Vorlesen.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag

Im Reichstag begannen am Samstag die Beratungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag, der in kommenden Woche durchs Parlament verabschiedet werden muß. Der Vertrag stellt einen neuen wichtigen Schritt in der Stabilisierung des deutschen Außenhandels dar. Im Herbst v. J. kam es bekanntlich, nachdem das damalige Provisorium von deutscher Seite auf Drängen der Winzer gekündigt war, zu Kampfmaßnahmen beider Parteien, die sowohl von Spanien wie Deutschland bedauert wurden. Beide Länder standen von jeher in fruchtbarsten wirtschaftlichen Beziehungen zu einander. Der neue deutsch-spanische Handelsvertrag zeigt wesentliche Verbesserungen gegenüber dem alten. Deutschland hat für einen wichtigen Teil seiner Einfuhrwaren den spanischen Minimaltarif, für weitere Artikel die Meistbegünstigung erhalten. Leider haben unsere Unterhändler nicht erreicht, daß das Einfuhrverbot für Farben aufgehoben wird. Gerade an der Stärkung unserer Hauptausfuhrindustrien, zu denen an der Spitze die chemischen Erzeugnisse ge-

hören, haben wir aber Interesse. Bekanntlich jorciert auch England seine junge Farbenindustrie unter Ausschluß der qualitativ besseren deutschen Fabrikate intensiv. Die Verhandlungen mit den Spaniern über die Aufhebung des Einfuhrverbotes für Farben laufen immerhin weiter und lassen noch die Hoffnung zu, daß Spanien uns entgegenkommt. Der deutsche Weinbau hat in der Hauptsache seine Forderungen durchgesetzt. Die Rollage der Winzer wird nun hoffentlich eine allmähliche Besserung erfahren, nachdem auch die inländische Weinsteuer vor kurzem beseitigt worden ist.

Von landwirtschaftlicher Seite wird zum Vertrag bemerkt: Die optimistische Beurteilung des Abkommens hinsichtlich des Weinbaus erweckt in der breiten Öffentlichkeit den Anschein, als sei nunmehr der einheimischen Erzeugung restlos gebient. Demgegenüber ist es dringend notwendig, darauf hinzuweisen, daß zwar mit der Beseitigung der spanischen eingeräumten Zollsätze für Trischweine auf die Italien gewährten Sätze von 32 M für Rotwein, 45 M für Weißwein, ein Erfolg zu verzeichnen ist, daß aber der Satz von 20 M für roten Verschnittwein nicht erhöht wurde und nunmehr auf Grund der Meistbegünstigung auch für Italien weiterhin in Geltung bleibt. Damit bleibt ein wesentliches Hemmnis für ein Emporkommen des einheimischen Weinbaues bestehen. Ob es im übrigen zweckmäßig war, Italien und Spanien in den Weinrollen gleichmäßig zu behandeln, das kann kaum vertreten werden, wenn man berücksichtigt, daß von der deutschen Gesamtausfuhr im Jahre 1924 nach Italien 3,7 Prozent, nach Spanien aber nur 1,4 Prozent gingen.

Hat der Vertrag dem Weinbau wohl eine gewisse Erleichterung gebracht, so ist er indessen für den deutschen Obstbau eine schwere Enttäuschung. Um Zugehörnisse für die deutsche Ausfuhr nach Spanien zu erhalten, haben die deutschen Unterhändler auf jene Sätze zurückgegriffen, die bisher den deutschen Obstbau schon nahe an den völligen Ruin gebracht haben. Wiederrum sind es die Sätze für Bananen und Trauben, deren Ermäßigung den Abgang der spanischen Ernte sichern wird. Hinzu kommt noch das Gleichbleiben des im Provisorium geltenden Zollsatzes für Apfelsinen in Höhe von 2,50 M. Die Folgen aus diesem Entgegenkommen der spanischen Südrückfuhr für den einheimischen Obstbau sind gar nicht abzusehen. Die Landwirtschaft kann deshalb die getroffene Regelung nicht mit dem von Regierungsseite auffällig betonten Optimismus aufnehmen, sondern muß vielmehr nachdrücklich betonen, daß es sich in den Abmachungen lediglich um einen bescheidenen Anfangserfolg handelt, der für die Wiederherstellung der Rentabilität des einheimischen Wein- und besonders des Obstbaues noch recht kräftiger Nachholer bedarf. Die Landwirtschaft ist sich voll auf klar, daß der deutschen Exportindustrie die Wege ins Ausland geöffnet werden müssen. Sie steht aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß dies geschehen kann, ohne daß die einheimische Urezeugung, die die erste, größte und stärkste Triebfeder unserer gesamten Wirtschaft ist, benachteiligt wird.

Der Putz in Polen

Warschau, 15. Mai. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet: Freitag ist das Schloß Belvedere von Marschall Pilsudski besetzt worden, wodurch die ganze Stadt nunmehr in der Hand seiner Armee ist. Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung haben die Hauptstadt in Flugzeugen und Automobilen mit unbekanntem Ziel verlassen. An der Ost- und Westgrenze, wie auch in den übrigen Teilen des Landes, herrscht Ruhe.

In Lodz wurden sämtliche Regierungsgebäude vom Militär besetzt. Der dortige Wojewode hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet. Es werden Kundgebungen für Pilsudski veranstaltet. Das Parlament hält keine Sitzungen ab. Auch der letzte Telegraphenverkehr für andere als militärische Zwecke ist eingestellt.

In Warschau dauerten Freitag in der Nähe des Belvedere und in der Vorstadt Ochoka die schweren Kämpfe an. Es sollen 200 Tote und 1000 Verwundete zu verzeichnen sein. Der Belvedere-Platz war bis Freitag mittag noch in den Händen der Regierung. In den Kämpfen zwischen den regierungstreuen Truppen und den Pilsudski-Abteilungen ist nach einem offiziellen polizeilichen Communiqué die Zahl der Toten mit 21 und jene der Verwundeten mit 200 fest-

euch den Regisseur zu machen. Unsere Welt und die andere Welt werden einander nie verstehen, und niemals werden sie die Gründe für unsere Handlungen einsehen lernen, weil sie alles nur durch ihre einseitigen Anschauungen betrachten, nämlich durch das Monokel oder die Brille, versteht ihr das? Sie verfluchten, sagten Franziska und Mucki. „Laßt euch lieben“, fuhr der Kammerfänger fort, den Schaumwein schlürfend, „aber liebt nicht selber. Die meisten von uns sind's, offen gestanden, auch nicht wert. Wenn sich nun die eine Welt der anderen nähert, gibt's meiner Erfahrung nach meist eine Explosion, und vor der warne ich dich, Franziska.“

Dieser Abend, der so fröhlich begonnen, hatte auf Franziska nachdenklich gewirkt. Es war etwas von des Stephansbergers Drohung in ihr sitzengelieben. Jetzt, wo sie es eigentlich gar nicht mehr so nötig hatte, überzeugte sie sich immer erst davon, wenn die Proben aus waren, daß nicht irgendeiner etwa draußen auf einer Bank in den Anlagen auf sie wartete, und auf der Straße schloß sie sich den Kolleginnen an. Sie fragten immer: „Was macht er denn, dein Schatz? Seid ihr denn auch wirklich verlobt?“

Franziska schüttelte diese Fragen nach der Zukunft alle leicht ab. Es war ihr, als läge diese noch so im Dunkeln, daß man besser nicht vorher den Scheinwerfer solcher Fragen auf sie richten sollte. An die Zukunft dachte sie, wie der Verbrecher an das Gefängnis denkt. Sie hoffte, daß irgendein Zufall, dem sie sich immer gern vertraute, ihr aus dieser Lage helfen würde, in die sie ihre eigene Unbesonnenheit gebracht. Sie war stolz darauf, die Geliebte eines in der wissenschaftlichen Welt bekannten Mannes zu sein. Sie hatte seine Artikel in ihrem Schreibtisch aufbewahrt, sah sein Bild aus einem wissenschaftlichen Fachblatt hing über ihrem Schreibtisch. Seine Arbeiten hatte sie nie gelesen; sie wußte nicht einmal, was er eigentlich schrieb, und vergaß immer, weshalb er eigentlich diese ewigen Versuche machte.

Hoffe hatte es ihr oft erklärt, doch sie hörte nur mit halbem Ohre zu. Es war dies eine Eigenschaft von ihr,

gestellt worden. In den Straßen Warschaus sind Kasernen errichtet worden. Die sozialistische Partei hat heute in Warschau einen allgemeinen Streik proklamiert. Die Bevölkerung aufgefordert wird, mit der rechtmäßigen Regierung an der Unterdrückung des Aufstandes mitzuwirken.

Die Lage in Warschau

Danzig, 15. Mai. Wie wir erfahren, haben sich die Militärruppen aus Warschau, das nunmehr ganz in der Hand Pilsudskis ist, zurückgezogen und südlich der Stadt neue Stellungen eingenommen. Der größte Teil dieser Truppen wird wie weiter verlautet, in voller Auflösung. Aus allen Teilen des Landes laufen Kundgebungen für Pilsudski ein und die Meldungen von Freiwilligen mehren sich fortgesetzt. In einer Kundgebung an die Öffentlichkeit über die Notlage und Ziele seines Vorgehens erklärt Pilsudski, daß er den Kampf nur in Sorge um das Wohl des Vaterlandes aufgenommen habe.

Eine Regierung Pilsudski-Strzyzowski in Warschau

Breslau, 15. Mai. Nach Meldungen aus Warschau ist eine provisorische Regierung unter der Führung von Pilsudski-Strzyzowski und Ponikowski gebildet worden. Für die neue Regierung haben sich die meisten Truppenteile des 3. Armee-Korps, also die Garnisonen nördlich der Weichsel erklärt. Für Witos sehen sich die Truppen unter dem Befehl des Generals Sitowski mit seinem Korps in Lemberg ein. Der Vormarsch dieser Truppen nach Warschau wurde in Lublin durch einen Streik der Eisenbahner aufgehalten. Im Gebiet des polnischen Korridors stehen die Truppen in der Hauptlage zu der Regierung Witos.

Rücktritt der polnischen Regierung

Berlin, 15. Mai. Sejm-Marschall Rataj hat vom Präsidenten der Republik ein Schreiben erhalten, indem der Präsident ihn davon in Kenntnis setzt, daß er das Amt des Staatspräsidenten niederlegt und verfassungsgemäß die Rechte des Präsidenten auf den Sejm-Marschall überträgt. In einem zweiten Schreiben an den Sejm-Marschall bittet die gesamte Regierung um Annahme ihrer Demission. Der Sejm-Marschall Rataj hat die Demission angenommen und erklärt, daß die neue Regierung in den nächsten Stunden gebildet wird.

Deutschland.

Die Fürstenabfindung vor dem Reichstag

Berlin, 15. Mai. Der Reichstag hat die von der Regierung eingebrachte Vorlage über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den damals regierenden Fürstenhäusern, die im wesentlichen mit dem dritten Kompromisse übereinstimmt, in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien. Die Abstimmung enthielten sich Bayern, Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig. Thüringen hielt sich das Protokoll offen.

Ausland.

Erklärung des Botschafters v. Hoersch

Genf, 15. Mai. Vor dem Prüfungsausschuss gab heute Botschafter v. Hoersch eine längere Erklärung zu den Vorschlägen von Lord Robert Cecil ab. Er wies kurz auf die Ereignisse vom März hin, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, zu dem es aufgefordert war, verhindert hatten und erklärte, man werde begreifen, daß er zu der Frage der ständigen Ratsitze nicht Stellung nehmen wolle. Die beiden wesentlichen Ideen des Vorschlages von Cecil nämlich die Einführung eines Turnus und die Einschränkung der Wiederwählbarkeit scheinen ihm auf guter Grundlage zu stehen. Hoersch gab seine grundsätzliche Zustimmung zu den Vorschlägen Cecils, fügte aber hinzu, daß die Beschlüsse bei der ausnahmsweisen sofortigen Wiederwahl in keiner Weise gehindert werden dürfe. Hinsichtlich der nichtständigen Ratsitze erklärte der deutsche Vertreter, daß die Argumente, die zur Erhöhung der nichtständigen Ratsitze auf neun geltend gemacht würden, ihn nicht ganz über-

mit der man sich abfinden mußte. Erst hatte er sich dem über empört und warf ihr Lichtlosigkeit vor seiner Wissenschaft vor, vor seinem Fach, vor den Männern überhaupt, jetzt war er gemäßigter. Er war oft auch müde, wenn er zu ihr kam, er wäre viel lieber in seiner kühlen, ruhigen Wohnung mit den herabgelassenen Vorhängen geblieben, anstatt zu ihr zu gehen, wo es nach welken Blumen, Pflanz und den Parfümen roch, die auf dem Klavier, auf dem Schreibtisch, überall in angebrochenen Paketen, stand. Die breite Chaiselongue mit ihren vielen feidenen Kissen lud ihn mehr wie der dürre, staubige Wald, die vollen Straßenbahnwagen, die Bergbahn, die die heißen Weinberge hinaufklomm, die heißen, menschenüberfüllten Kaffeegärten mit Musik, wo Kinder spielten und man seinen Platz an einem Tisch mit vielen Unbekannten teilen mußte, in der Sonne saß, von Mücken und Menschen umschwirrt.

Aber Franziska drängte hinaus aus der engen Wohnung in die Sonne. Es war, als habe sie Angst, mit ihm allein zu sein, vor diesen stillen Sonntagmorgens, wenn die heiße Straße mit herabgelassenen Jalousien in der Sonne lag und die Hunde auf den Hauschwelle schliefen und man keinen Laut vernahm wie das feine Ticken der Uhren.

Und wie hatten sie sich beide früher nach diesen stillen, einsamen Sonntagmorgens geseht, ihre schönsten, unergreiflichsten Stunden hatten sie da verlebt. Aber das war vergangen, verhaucht. Man muß nicht Vergangenes nachhängen in Sehnsucht und mit leiser Traurigkeit, und etwas Glänzendes, das erloschen, wieder neu zu beleben versuchen. Er tat es nicht mehr, sondern überließ sich der Wirkung, die ihre starke Persönlichkeit immer mehr auf ihn ausübte.

Franziska war mehr wie schön. Sie war in ihrer warmen, echten, impulsiven und scharmanten Menschlichkeit eine Künstlerin. Sie war wie eine Flamme, leuchtend, beunruhigend, anziehend und verzehrend.

Franziska.

Der Roman einer Opernsängerin

Von Elisabeth Dill

Copyright by M. Feuchtmayer, Halle a. S.

34. Fortsetzung.

Der Kammerfänger Stephansberger verlieh im Frühjahr die Stadt.

Ehe er wegging, waren sie einen Abend zusammen in seiner Wohnung, die Mucki war auch da. Sasse brauchte nichts davon zu wissen und wußte nichts davon. Das Weinglas betrachtend, das sie ihm immer wieder füllen mußten, die beiden, die er alle beide gleich liebte, wie er ihnen an diesem Abend versicherte, sagte er: „Nimm dich in acht vor diesen stillen Tigern, eines Tages wird er dir an die Gurgel springen.“

Franziska hielt das Sektglas gegen das Licht und sah den Perlen zu, die aufstiegen und zergingen, an ihrer Hand mit den klirrenden Armbändern funkelten der goldenen Schlange grüne Augen.

Sie zuckte die Achseln. „Ich hab' ein gutes Gewissen.“

Der Kammerfänger lächelte nachsichtig. „Jedermann ist eine Welt. Du bist eine und er stellt eine dar, aber eine andere Welt, in der man Zylinder trägt und Handschuhe, und in der um den Gegenstand des Kampfes mit ungleichen Waffen gefochten wird.“

„Nämlich mit echten Waffen, nicht mit vergoldeten Pappfädeln“, warf Franziska dazwischen, die, im Schaukelstuhl auf- und niederwippend, an dem Mandeltuchen knabberte. „Für die Ehre der Frau würdet ihr niemals eintreten.“

„Der Wert eines Menschen besteht nicht in dem, was er besitzt, noch in dem, was er weiß, sondern einzig in seinem Charakter. Ich muß der Erhaltung meiner Stimme leben. Ich besitze genügend Ehrgeiz, um mich nicht schon mit vierzig Jahren verabschieden zu lassen und

... können und stimmte im wesentlichen den Argumenten zu, die von dem Vertreter Italiens vorgebracht worden seien, in denen eine möglichst weitgehende Einschränkung bei der Vermehrung der nichtständigen Ratsmitglieder, Angehöriger der starken Strömung für die Vermehrung der nichtständigen Ratsmitglieder riefen er daher an den Ausschuss das Ersuchen, die Vermehrung möglichst niedrig zu halten. Er sei aber bereit, wenn die Einigkeit über eine bestimmte Zahl zustande komme, sich im Interesse der Einheitlichkeit dem entsprechenden Vorschlag anzuschließen.

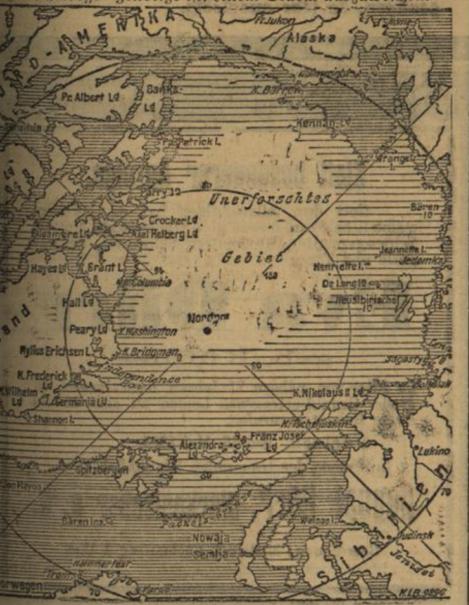
Belgrad, 15. Mai. Bei der Abtirmung über die Anträge und Interpellationen über die südslawischen Korruptionsaffären blieb das Kabinett Uzunowitsch mit 150 gegen 127 Stimmen in der Minderheit. Die Raditsch-Anhänger stimmten gegen die Regierung. Ministerpräsident Uzunowitsch hat dem König den Befehl des Kabinetts, in seiner Gesamtheit zu demissionieren, überreicht.

Aus der Genfer Studentenkommision
Genf, 15. Mai. In der Studentenkommision schiederte Präsident Motta den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen: Ueber die alles überragende Frage der Gesamtzahl der Ratsmitglieder besteht noch keine Einigkeit. Man ist sich aber darüber einig, daß eine Höchstzahl festgesetzt werden muß. Gegen eine Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder hat sich die Mehrheit des Ausschusses bereits ausgesprochen. Hinsichtlich der Erhöhung der Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder ist über die Zahl 9 fast Einstimmigkeit erzielt worden. — Lord Robert Cecil gab der Meinung Ausdruck, daß unter der Voraussetzung einer Höchstzahl des Rats von 14 Mitgliedern einschließlich des deutschen ständigen Ratsmitgliedes auf eine weitere Diskussion der ständigen Ratsmitglieder verzichtet werden sollte. Der französische Delegierte Fromageot, der politische Vertreter Sozial und der tschechoslowakische Vertreter Beneška vertraten gleichfalls die Auffassung, daß die Tür zu den ständigen Ratsmitgliedern geschlossen bleiben sollte.

Nach dem englischen Generalstreik
London, 15. Mai. Nach den vorliegenden Nachrichten ist in einem großen Teile des Landes die Arbeit mit Ausnahme der Eisenbahnbetriebe fast in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Abgesehen von einigen unbedeutenden Zwischenfällen ist es zu keiner Störung der Ordnung gekommen. Baldwin hat gestern Abend den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern Einigungsversuche unterbreitet, welche geletzgebende Maßnahmen zur Durchführung der Empfehlungen der Untersuchungskommision für den Kohlenbergbau und eine neue finanzielle Beihilfe für die schwachen Betriebe bis zur Höhe von 3 Millionen Pfund Sterling sowie die Einsetzung einer gemischten Kommission mit einem unabhängigen Vorsitzenden zur Festsetzung von Lohnbeziehungen vorsehen. Inzwischen soll bei Löhnen bis zu 45 Schilling wöchentlich keine Herabsetzung stattfinden.

Beforgnisse um das Schicksal der „Norge“

New-York, 15. Mai. Am Samstag morgen war noch keine Nachricht über den Verbleib der „Norge“ eingetroffen. Die aus Seattle eingetragene Meldung, nach der die „Norge“ Alaska erreicht haben sollte, wird als ein Mißverständnis bei der Uebersetzung erklärt. — Kapitän Anton Seinen, der bekannte Zeppeleincommandant, erklärte, er sehe keinen Grund zur Beunruhigung vor Montag, da bis dahin die Betriebsstoffvorräte der „Norge“ ausreichen, wenn man nur einen Motor laufen lasse. Vielfach wird angenommen, daß die „Norge“ genötigt ist, einem Sturm auszuweichen.



Aus Baden

Chrenschuß im Geheh
Auf Einladung des badischen Staatspräsidenten hielt vor Vertretern der Presse Generalstaatsanwalt Dr. Sauer im Präsidialgebäude in Karlsruhe einen Vortrag über „Chrenschuß, insbesondere nach dem Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafrechtsbuches von 1925“. Dr. Sauer definierte in interessanten Darlegungen die Begriffe des einfachen Verdelictes, der üblichen Strafe, bezieht sodann die Nachteile des derzeitigen Strafrechtsbuches, namentlich die unbeschränkte Zulassung des Wahrheitsbeweises bei der üblichen Strafe für den Beleidigten. In letzterer Beziehung stelle der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafrechtsbuches von 1925 einen relativen Fortschritt dar, indem er den Wahrheitsbeweis ausschließt, wenn es sich um öffentliche Behauptungen über Angelegenheiten des Privat- oder Familienlebens handelt und wenn diese Reden aus Eitelkeit oder Eifersucht in der Absicht auf Schmäherungen beanstanden wurde. Man werde diesen Gedanken dahin erweitern müssen, daß der Wahrheitsbeweis auch für nicht öffentlich begangene üble Nachreden der bezeichneten Art und dann aus-

schließen sei, wenn das Motto der Schmäherung nicht die ausschließliche war oder der Täter aus Nachsicht, Schadenfreude oder aus anderen absolut verwerflichen Beweggründen gehandelt habe. Ein weiteres Problem sei die Strafe, inwieweit dem Beleidigten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zu gute gehalten werden könne. Berechtigte Interessen sind solche, deren Wahrnehmung nach billigem Ermessen rechtmäßig denkender Menschen selbst dann mit der Rechtsverordnung vereinbar ist, wenn dadurch der Ehre eines Andern zu nahe getreten wird. Dieser Begriff bereite in der Anwendung erhebliche Schwierigkeiten, aber zu entbehren sei er nicht, weil es nur mit seiner Hilfe möglich sei, den vielfältigen Erscheinungen des praktischen Lebens gerecht zu werden. Er könne auch nicht einfach dadurch ersetzt werden, daß man an seine Stelle den guten Glauben setzt, denn dadurch würde die Ehre des Nebenmenschen nahezu preisgegeben und die Reichhaltigkeit förmlich prämiert. Der Begriff habe allerdings in der raktischen Anwendung durch das Reichsgericht auf dem Boden des Paragraphen 193 des Reichsstrafgesetzbuches eine Gestalt angenommen, die Bedenken in doppelter Hinsicht auslösen müsse. Wenn das Reichsgericht einerseits die Wahrnehmung von öffentlichen, also von Allgemeininteressen durch eine davon nicht unmittelbar berührte Person oder auch die Presse nicht als berechtigt anerkenne und darüber hinaus den Schutz des Paragraphen 193 nur subsidiar, wenn der Täter eigene oder ihm nahe angehende Interessen wahrnimmt, so entfere das mehr dem heutigen Verhältnis des Staatsbürgers Stellung der Presse im öffentlichen Leben.

„unsererorts mußte deutlich gemacht werden, daß nicht jedes geringfügige, wenn auch an sich berechtigte Interesse auf Kosten der Ehre eines Andern wahrgenommen werden konnte. Beiden Bedenken würde der Entwurf von 1925 gerecht, indem er anerkennt, daß auch öffentliche Interessen berechtigt sein können und zwar auch dann, wenn sie den sie Wahrnehmenden nicht unmittelbar oder nahe angehen, und indem er verlangt, daß das wahrzunehmende Interesse das Interesse an dem Schutz der Ehre des Beleidigten überwiege. Das von Wahrnehmung berechtigter Interessen auch künftig nicht abgeprochen werden könne, wenn aus der Form oder den Umständen der beleidigenden Äußerung sich die Absicht der Erroterung ergebe, sei selbstverständlich. Diese diese Absicht vor, so sei der Beleidigte auch bei erbrachtem Wahrheitsbeweis strafbar. Wünschenswert sei aber, daß dem Beleidigten auch bei voller Anerkennung berechtigter Interessen und demgemäß erfolgender der Freisprechung des Beleidigten eine gewisse Genugtuung in der Form geboten werde, daß auf sein Verlangen das Gericht gegebenenfalls festzustellen habe, daß der erhobene Vorwurf sachlich nicht begründet ist. Durch diese Genugtuung würde das Opfer an Ehre und Ansehen, das dem Beleidigten gegenüber dem berechtigten Interesse zuerkannt werden müsse, wenigstens einigermaßen ausgleichend. Der Gedanke der Genugtuung der Wiederherstellung der Ehre sei überhaupt noch der Entwicklung fähig, einmal durch Ausbau des Nebenbetrags, sodann durch Förderung der Genugtuung durch Widerruf der beleidigenden Behauptung. Man könne hier an eine Verteilung zum Widerruf denken, man könne aber auch eine Verschärfung der Strafe ins Auge fassen, wenn der Beleidigte trotz klaren Nachweises der Unrichtigkeit oder der völligen Beweislosigkeit seiner Behauptung den Widerruf verweigert, eine Willkür, die der Entwurf in der Tat dem Richter in den Strafbemessungsvorschriften bildet. Dagegen sei von einer erheblichen Verschärfung der gesetzlichen Strafordnungen eine wirksame Befämpfung der Beleidigung nicht zu erwarten. Die Strafordnungen, insbesondere die etwas schärferen des Entwurfes, seien ausreichend.

Von den übrigen Neuerungen seien noch zu erwähnen die Einführung einer Strafordnung gegen denjenigen, der einem Verurteilten, der seine Tat gelohnt hat, diese oder die Verurteilung in die Absicht, ihn zu schmähen, erneut vorwirft, und die beträchtliche Ausdehnung des Schutzes der Ehre der Toten, die sich bisher auf die Befragung von Verleumdungen beschränkte, künftig aber jede Art von Beleidigung erfassen soll. Beide Neuerungen seien wünschenswert zu begrüßen. Das Gesamturteil über die Ehrensühnbestimmungen des Entwurfes sei ein günstiges. Wo der Entwurf vom geltenden Recht abweiche, bedeute er einen Fortschritt. Sätze der geletzgebenden Faktoren werde es nun noch sein, die angedeuteten Mängel des Entwurfes auszumergen.

Vom Haushaltsauschuss des Bad. Landtags

Karlsruhe, 14. Mai. Das Reich genährt den Ländern kurzfristige Darlehen als Zwischenkredit für den Bau von Kleinwohnungen, bis diese Kredite in langfristige erste Hypotheken umgewandelt werden können. Das Reich hat hierzu 200 Millionen bereitgestellt. Auf das Land Baden werden sechs bis 7 Millionen entfallen bei einem Zinssatz von voraussichtlich 6,25 Prozent. Der Gesekentwurf wird einstimmig angenommen. Es folgt die Besprechung der Beratungen des Staatsvoranschlages beim Kabinett „Sutisministerium“. Bei der Position Fürsorgeerziehung gibt ein Regierungsvertreter über die Bedeutung und den Erfolg der Fürsorgeerziehung in Baden Auskunft. Eine Denkschrift wird in der nächsten Zeit veröffentlicht werden. Die Zahl der Zöglinge im letzten Jahre ist von 3581 auf 3922 gestiegen. Durch Erreichung der Altersgrenze haben 210 Zöglinge entlassen werden müssen, ohne daß Garantie für eine Besserung vorlag. Ein Zentrumsredner weist auf die Schwierigkeit der Unterbringung hin. Besonders wichtig sei die rechtzeitige Unterbringung verführter junger Mädchen, weil sie vielfach die Verbreiter von Krankheiten seien. Die Stadt Freiburg plane eine Sondersorganisation für die Behandlung der Psychopathen. Der Minister wünscht, ähnlich wie die Schweiz eine Gefängnisanstalt auf 1000 Hektar landwirtschaftlichen Boden errichtet habe, auch in Baden eine ähnliche Anstalt zu gründen, statt das große Landesgefängnis in Mannheim umzubauen. In den großen Anstalten sei es schwer, für die Gefangenen die nötige Arbeit zu schaffen. Es folgt die Position Strafanstalten. Ein Zentrumsabgeordneter tritt dafür ein, daß auch die in den Strafanstalten tätigen zwei Hauptlehrer in die Gruppe 9 einrücken. Ein anderer Zentrumsredner wendet sich gegen die Sparerlasse. Der Regierungsvertreter gibt bekannt, daß für Freiburg ein Uebergangshaus für entlassene Gefangene geschaffen werden soll. Ein kommunistischer Redner wünscht mehr Unterhaltung in den Gefängnissen: Musik und Fußball. Der Minister macht darauf aufmerksam, daß eine Strafanstalt eben Strafanstalt bleiben müsse und nicht zum Unterhaltungslokal werden dürfe. Die Position des außerordentlichen Staats, unter denen sich 106.000 Mk. für den Aufbau eines Städtewerkes auf das Bezirksgefängnis Pforzheim befinden, werden genehmigt.

Karlsruhe, 15. Mai. (Vom Landtag.) Die nächste Plenarsitzung findet am Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 3.30 Uhr statt.

Karlsruhe, 15. Mai. (Geftorben.) Professor Dr. Walter Sadur ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Er hatte an der Technischen Hochschule das Lehramt der Baukonstruktion und des Siedlungswesens

Karlsruhe, 15. Mai. (Tödliche Unfälle.) Eine 74jährige Witwe fiel in einem Hause in der Lammstraße die Kellertreppe hinunter, erlitt einen Schädelbruch und starb nach wenigen Stunden im Krankenhaus. — Seinen Verletzungen erliegen ist im Krankenhaus der verheiratete Elektrotechniker von hier, welcher am Hauptbahnhof mit seinem Motorrad zu Fall kam und sich einen Schädelbruch zuzog.

Heidelberg, 15. Mai. (Maleritag.) Bei Beteiligung von etwa 200 Mitgliedern und von Vertretern verwandter und benachbarter Fachverbände fand hier die Hauptversammlung des Badischen Maler- und Tünchermeisterverbandes statt, verbunden mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes.

Stuttgart, 15. Mai. (Herzschlag.) Die Leichenektion des Regieremeisters Eduard Reich ergab, daß sein plötzlicher Tod nicht auf den Schlag mit dem Spazierstock, sondern auf einen Herzschlag zurückzuführen ist.

Schwetzingen, 15. Mai. (Todesfall.) Ein um die kommunalpolitische und kommerzielle Entwicklung unserer Stadt hochverdienter Mann, Kommerzienrat C. August Neuhaus, ist in Karlsbad im 65. Lebensjahre an Herzschwäche gestorben.

Baden-Baden, 15. Mai. (Herzitag.) Den Auftakt des diesjährigen badischen Herztages bildete die Hauptversammlung der Versorgungsstelle für badische Ärzte. Am Sonntag vormittag eröffnete der Vorsitzende der ärztlichen Landeszentrale für Baden, Dr. Rampell-Mannheim, die Tagung. Nach Verkündung des Jahresberichts und des Jahresberichts erstattete Dr. Cahen-Mannheim den Bericht über die durch die deutsche Ärzteschaft beabsichtigte Planwirtschaft, die einen allmählichen Abbau der älteren, arbeitsunfähigen Ärzte herbeiführen soll. Anschließend erfolgte ein Bericht des Vorsitzenden über die sogenannten Mittelstandskrankenkassen. Es kam zum Ausdruck, daß diese Mittelstandskassen — ähnlich wie die gesetzlichen Krankenkassen — zu einer Bedrohung der freien ärztlichen Praxis führen könnten. Dr. Hamburger-Neckarbischofsheim sprach über die allmählich über ganz Baden sich ausbreitenden Verrechnungsstellen für die Privatpraxis, die er als ein ausgezeichnetes Mittel ansieht, die Tätigkeit der Mittelstandskassen genau zu beobachten und zu überwachen. Ferner kam die Bahnfrage in Baden zur Sprache. Der Antrag Dr. Willen-Billingen, für die badische Ärzteschaft eine Krankengeldversicherung zu schaffen, fand allgemeine Zustimmung. Ueber die in Aussicht genommene Reichs-Ärztordnung berichtete Dr. Bartenstein-Freiburg i. B.

Baden-Baden, 15. Mai. (Ueberfall.) Zwischen Merkurbahnhof und Müllenbach wurde ein auf der Wandererschaft befindlicher Schloffer aus Graz von einem Burken, der sich ihm zur Begleitung angeboten hatte, durch mehrere Messerschläge verletzt. Als er um Hilfe rief, ergriff der Rohling die Flucht.

Bühl, 15. Mai. (Brand.) In Müllenbach brach in der vergangenen Nacht in den Delonomiegebäuden des Gasthauses „Zum Rebstock“ ein Brand aus. Die Feuerwehren von Bühl und Eistal waren schnell an der Brandstelle erschienen; doch brannten die Delonomiegebäude völlig nieder.

Sachsenflur (Amt Tauberbischofsheim), 15. Mai. (60. Geburtstag.) Bürgermeister Hertke, der als Mitglied der Bürgerlichen Vereinigung dem Badischen Landtag angehört, feierte seinen 60. Geburtstag.

St. Blasien, 15. Mai. (Einweihung des Erholungsheims des Lehrervereins.) Hier fand in Gegenwart des preußischen Kultusministers Dr. Becker und der Vertreter verschiedener staatlicher und städtischer Behörden die Einweihung des Kurhauses St. Blasien als Erholungsstätte des Preußischen Lehrervereins statt.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 17. Mai. Am letzten Freitag vereinigten sich die Mitglieder des hiesigen evangelischen Kirchengemeinderats im oberen Saale der Sonne zu einer schlichten Abschiedsfeier. Nach vierjähriger Tätigkeit hier und besonders in Wolfratsweiler nahm Herr Stadtkirchherr H. H. Abschied, um seine neue Stelle als Pfarrer in Eschelbach bei Sinheim anzutreten. Die beiden Kollegen, die Herren Stadtpfarrer Wolfrath und Diemer widmeten sowohl ihm als auch seiner Gemahlin herzliche Worte des Abschieds; im Namen des Kirchengemeinderats sprach ihm Herr Stadtkirchherr Aug. Geier den Dank aus für seine treue Arbeit und Glückwünsche für sein ferneres Wohlergehen. Herr Stadtkirchherr H. H. lebte ganz seinem Berufe, dem er mit großer Treue und Gewissenhaftigkeit oblag, still und zurückgezogen. Ein konzilianter friedliebender Charakter, ein guter Kanzelredner, erfreute er sich allgemeiner Verehrung und Hochachtung. Wir gratulieren der Gemeinde Eschelbach zu ihrem neuen Seelenhirten; er wird auch dort sicher in Frieden und Segen still wirken.

Durlach, 17. Mai. Morgen Dienstagabend 8 Uhr spricht im großen Rathhauseaal zu Karlsruhe Herr Stadtpfarrer D. Jäger-Freiburg i. B. über das Thema: „Evangelische Freiheit“. Alle Anhänger und Freunde der kirchlich-liberalen Richtung sind im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur Landesynode zu diesem öffentlichen Vortrag eingeladen, dem Abend des bekannten Freiburgers Redners und Schriftstellers.

Aufhebung des Sichtvermerkszwanges zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark. Zwischen der deutschen und dänischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerkszwanges mit Wirkung vom 20. Mai 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkt an können Reichsangehörige das dänische Staatsgebiet und dänische Staatsangehörige das Reichsgebiet über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglih auf Grund eines gültigen Heimatpases ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle eines Pases ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt; der Kinderausweis muß bei Kindern über 10 Jahren mit einem Lichtbild versehen sein.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Leutnant Krull in Hamburg festgenommen. Im Anschluß an das bei den Hausdurchsuchungen in Berlin vorgefundene Material hat die Hamburger Polizeibehörde den Leutnant Krull verhaftet, gegen den seit der Ermordung von Rosa Luxemburg ein Steckbrief vorliegt. Krull war seinerzeit auch in den Prozeß wegen der Ermordung Rathenaus verwickelt.

Landrat Spatdie zu befangen verurteilt. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ ist der badische Landrat Spatdie wegen Erregung öffentlichen Aergernisses in Paris zu 15 Tagen Gefängnis und 200 Frcs. Geldstrafe verurteilt worden. Spatdie war selbst nicht erschienen, sondern wurde durch den französischen Rechtsanwalt Levy-Kulman vertreten.

Der Bauhener Hungerkünstler an Entkräftung gestorben. Der Bauhener Hungerkünstler Max, mit seinem Bürgernamen Max Scholz ist im Bauhener Krankenhaus an Entkräftung gestorben.

Die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika. Wie die „Times“ aus Washington meldet, sind die republikanischen Mitglieder des Finanzausschusses bemüht, alle Pläne für die Rückgabe des deutschen Eigentums und der Befriedigung der amerikanischen Erbschaftsprüche noch vor der Vertagung des Kongresses verabschieden zu lassen.

Tödlicher Autounfall zweier italienischer Priester. Auf der Straße Vica-Genova ist der Bischof von Tridento, der sich mit seinem Sekretär auf einer Inspektionsreise im Auto befand, von einem Zug erfasst worden. Beide Priester waren auf der Stelle tot.

Buntes Allerlei

Der Amerikaner trägt doppelt soviel Schuhe wie andere Leute. Täglich werden in Amerika von 15 000 Fabriken eine Million Paar Schuhe hergestellt. Der Wert der Schuhproduktion beträgt über eine Milliarde Dollar. Von dieser Produktion werden ungefähr drei Prozent exportiert, während der Rest auf 175 000 Detailgeschäfte verteilt wird. Nach der „Schuhwelt“ (Winnipeg) trägt der amerikanische Bürger durchschnittlich mehr als doppelt soviel Schuhe als der Bürger eines anderen Staates. Auf den Kopf der Bevölkerung fallen jährlich 2,5 bis 3 Paar Schuhe.

Der umstrittene Knochen eines Hindweiches. Vor einiger Zeit wurde bei Kanalarbeiten in der Pfalz ein Schienbeinknochen gefunden, der als Rest eines Ureinwohners des Spessartgebietes gedeutet wurde. Daraufhin legte ein Streit um den Besitz des Knochens ein. Gemeinde und Eisenbahn — der Knochen war auf bahneigenem Grunde gefunden — stritten sich um ihn. Schließlich wurde der Knochen in einem Tresor der Bank in Neustadt niedergelegt. Der Direktor des pfälzischen historischen Museums in Speyer, Dr. Sprater, hat nun den Knochen nochmals eingehend untersucht. Er kam zu dem Schluss, daß es sich um den Knochen eines Hindweiches handelte.

Neueste Nachrichten.

Abschied Dr. Luthers von Berlin.

Der bisherige Reichskanzler Dr. Luther, der sich am Freitag auf einem kleinen Fest in der Reichskanzlei vom engeren Kreise seiner Mitarbeiter verabschiedete, hat heute nachmittag 3 Uhr Berlin verlassen. Er hat sich im Flugzeug nach Essen begeben. In Essen ist für ihn heute abend ein feierlicher Empfang vorgesehen. Zum Abschied waren die Minister Dr. Gessler, Dr. Reinhold und Dr. Kütz auf dem Flugplatz erschienen.

40 Zusammenstöße in Berlin.

T.U. Berlin, 17. Mai. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, beträgt die Zahl der gestrigen Zusammenstöße bei der Rundgebung der vaterländischen Verbände in Berlin 40, die Zahl der sifitierten Personen 174 und die Zahl der im Polizeipräsidium eingelieferten und in Schutzhaft genommenen 115.

Ruhe und Ordnung in Polen wiederhergestellt.

T.U. Schneidemühl, 16. Mai. Nach hier eingetroffenen Warschauer Meldungen beginnt die Landeshauptstadt nach den letzten Kämpfen wieder ihr normales Aussehen anzunehmen. Leichter und Sicherheitsbehörden funktionieren wieder. Die Bank Polski teilt mit, daß die Goldvoluten und Devisenreserven sowie das Wechselportefeuille unangetastet geblieben seien. Pilsudski, der bei Beginn der Aktion etwa 800 Mann hatte, verfügt jetzt über 24 Infanterieregimenter und 18 Kavallerieregimenter.

Der vorläufige Abschluß der polnischen Krise.

T.U. Warschau, 16. Mai. Sejmarschall Rataj empfing gestern Vertreter der Presse und gab ihnen an Hand des ihm übermittelten Materials eine Schilderung der Vorgänge. Er erklärte: Am Freitag, den 14. Mai, überbrachten mir Prälat Tokarzowski und Major Rajaneck ein Schreiben des Präsidenten der Republik. In Anbetracht der in diesem Schreiben enthaltenen Bitte um sofortigen Waffenstillstand habe ich mich sogleich an Marschall Pilsudski gewandt, der mir zusagte, entsprechende Maßnahmen alsbald treffen zu wollen. Um 12 Uhr nachts begab ich mich dann nach Wilanow, wo man mir folgenden Schreiben überreichte:

„An den Sejmarschall Rataj! In Anbetracht der gegenwärtigen Lage, die es mir unmöglich macht, das Amt des Präsidenten der Republik gemäß dem von mir abgelegten Eid auszuüben, trete ich hiermit von meinem Posten zurück und übertrage die Befugnisse des Präsidenten gemäß Artikel 40 der Verfassung auf den Sejmarschall Rataj. Gez. Wojciechowski.“

Gleichzeitig erhielt ich vom Ministerpräsidenten Witos ein Schreiben, in dem Witos die Gesamtemission des Kabinetts erklärte. Ich habe dann auf Grund des erwähnten Artikels 40 der Verfassung vertretungsweise das Amt des Präsidenten der Republik übernommen und als solcher die Demission der Regierung Witos angenommen. Mit der Neubildung einer Regierung habe ich dann nach einer Besprechung mit Marschall Pilsudski am Samstag abend 9 Uhr den Abg. Bartel beauftragt. Bartel hat mir dann folgende Ministerliste vorgeschlagen, der ich meine Genehmigung erteilt habe:

- Ministerpräsident und Außerer: Bartel,
 - Innerer: General Rodzianowski,
 - Ser.: Pilsudski,
 - Finanzen: Czeczowicz, Unterstaatssekretär im Finanzministerium,
 - Justiz: Universitätsprofessor Rakowski,
 - Industrie und Handel: Departementsdirektor Glivic,
 - Öffentliche Arbeiten: Prof. Broniewski,
 - Arbeit und Fürsorge: Abteilungsdirektor Jurkiewicz.
- Direktor im Innenministerium: Daleski, früherer Gesandter in Rom; Direktor im Kultusministerium: Prof. Mikulowski-Pomorski; Direktor im Landesministerium: Unterstaatssekretär Raczynski.

Am Sonntag findet im Sejm durch den Sejmarschall Rataj die Vereidigung der neuen Regierung statt. Ministerpräsident Bartel erklärte Pressevertretern, seine Regierung sei berufen, die geschaffene Lage zu liquidieren. Sie werde nur bis zur Neuwahl des Präsidenten der Republik durch die einberufene Nationalversammlung bestehen. Die Regierung werde unbedingt auf dem Boden der Verfassung stehen.

Das Protokoll der Ministerratsitzung, in der der Rücktritt Witos beschlossen wurde, hat folgenden Wortlaut: Der Präsident der Republik hat vom Ministerrat eine Antwort auf seine Frage gefordert, ob im Zusammenhang mit der Lage, welche durch die Besetzung der Landeshauptstadt durch die Truppen des Feldmarschalls Pilsudski entstanden ist und die das Land mit einem langwierigen Bürgerkrieg bedroht, dieser Kampf fortgesetzt

oder beendet werden soll. Der Ministerrat kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß eine Fortsetzung der Kämpfe zu bewaffneten Handlungen zwischen den einzelnen Landesteilen der Republik führen müßte, daß es vielleicht notwendig sein würde, die ganze Armeepolitik der Landesgrenzen einzufügen, die durch einen Bürgerkrieg bedroht sein könnten, und daß es ferner im Interesse des Landes gelegen sei, die Unterschiede zu befeitigen, die Volk und Armeepolitik in zwei feindliche Lager trennen könnten. Daher beschloß der Ministerrat, daß die Beendigung der inneren Kämpfe ein Gebot der Stunde sei. In der Ueberzeugung, daß es der neuen Regierung leichter fallen werde, die schwierigen Aufgaben durchzuführen, hat der Ministerpräsident beschlossen, zu demissionieren.

Die „Norge“ in Rom eingetroffen. T.U. New-York, 15. Mai. Nach einer Meldung aus Rom ist das Polarluftschiff „Norge“ heute dort eingetroffen.

Ellsworth meldet die Ankunft der „Norge“.

T.U. New-York, 15. Mai. Um 2 Uhr mittags wurde beim Präsidenten Coolidge folgende Nachricht empfangen: „Der Flug erfolgreich. Ergebnis begrüße Ellsworth.“

Der erste materielle Bericht über Amundsens Polarfahrt.

T.U. New-York, 16. Mai. Ueber das Ergebnis der Nordpolarfahrt der „Norge“ liegt nunmehr der folgende Bericht vor: Die Nordpolarpedition Amundsens hat am der Fahrt kein Neuland entdeckt. Das Schiff geriet am Mittwoch auf schwere Nebelwolken, die sich jedoch allmählich teilten, so daß ein Ueberblick über die Gegend möglich war. Hierbei wurden lediglich ungeheure Eismassen entdeckt. Im Verlauf der Fahrt bildete sich in allen Teilen des Schiffes eine Eisschicht, die Mannschaften infolge dessen dauernd die hierdurch entstehenden Beschädigungen am Schiff fiktien. Die „Norge“ erreichte ohne vom Kurs abzuweichen, Point Barrow. Hier wurde das Wetter aber sehr schlecht, daß eine Kursänderung beschlossen wurde, da sonst die Gefahr bestand, daß das Schiff auf die Berge Alaskas stoßen könnte. Eine genauere Orientierung war infolge des stürmischen Wetters bei Point Barrow nicht mehr möglich. Die „Norge“ fuhr darauf, die Küste Alaskas links lassend, der Beringstraße zu, um unter Umständen in Sibirien landen zu können. In der Beringstraße bildeten sich aber neue Eisschichten. Da das Schiffsmaterial verbraucht war und die Mannschaft sich in einem außerordentlich erschöpften Zustand befand geriet das Schiff in einen kritischen Zustand. Aus diesem Grund wurde beschleunigte Landung beschlossen. Das Schiff erreichte nach 71stündiger Fahrt am Freitag morgen Teller, wo die Notlandung stattfand.

Briefkasten. 4 Abonnenten: Annonzme Einlieferungen können nicht berücksichtigt werden.

Mittelmäßiges Wetter für Dienstag.

Das nördliche Tief zieht ostwärts. Randstörungen von ihm beherrschen immer noch die Wetterlage. Für Dienstag ist mehrfach bedecktes und auch zeitweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Das beste Küchenhilfsmittel ist und bleibt MAGGI Würze

Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze!

Nicht überwürzen! Wenige Tropfen genügen, da sehr ausgiebig.

Gesuch der Stadt Durlach um Erteilung der bau- und gewerbepolizeilichen Genehmigung zur Erweiterung des Feuerhauses im Stadt. Gaswerk betr.

Die Stadt Durlach hat um Erteilung der bau- und gewerbepolizeilichen Genehmigung zur Erweiterung des Feuerhauses im Stadt. Gaswerk in Durlach nachgesucht.

Etwalige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerichtet schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Durlach vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Pläne und Beschreibungen liegen während der 14tägigen Frist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer Nr. 55 — und auf dem Bürgermeisterrat der Stadt Durlach zur Einsicht offen.

Karlsruhe, den 15. Mai 1926. (D. S. 99.)
Bd. Bezirksamt — Abt. II b.

Das Blatt der handarbeitenden Frau Beyer's Monatsblatt für Handarbeit „Wasche“

Mit vielen Beilagen.

Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 Pf., frei ins Haus 5 Pf. mehr.

Ihre Buchhändler führt Sie! Verlag Otto Beyer, Leipzig

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Frau, unsere gute treubesorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Eva Dürr

geb. Küffner

im Alter von nahezu 77 Jahren nach langen, in großer Geduld ertragenen Leiden zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Durlach, den 16. Mai 1926.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

August Dürr, Werkhauseher a. D.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 4 Uhr.

Abbrucharbeit.

Der 1/2stüdtige massive Schuppen auf der Sub (Zimmerplatz No. 17) soll auf Abbruch verkauft werden.

Angebote auf die Abbrucharbeiten sind unter Verwendung der beim Hochbauamt, Richter 5, unentgeltlich erhältlichen Bordrucke bis spätestens

Mittwoch, den 19. Mai 1926 vormittags 10 Uhr

verschlössen und mit entsprechender Aufschrift versehen auf unserem Büro einzureichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen und weitere Auskunft erteilt wird.

Durlach, den 15. Mai 1926.
Stadt. Hochbauamt.

Jhr Wohlstand längt mit sparen an

deshalb nehmt ein

Sparbuch

bei der

Volksbank Durlach E.

Bank und Sparkasse

— gegr. 1877. —

Wohnung.

Warne jedermann, besonders die 3 Frauen, die falschen Gerüchte über meine Frau und S. Stöble weiter zu verbreiten, andernfalls ich gerichtlich vorgehe

A. Kochanekli.

Möbel. Zimmer

zu vermieten.

Zu erfragen im Berl.

Wegen Umzug billigst zu verkaufen: 2 eich. Bettstellen mit Holz, voll. Waschkommode, Tisch, älterer Küchenschrank, Nachtschränken u. Warmwasserplatte 6 M., Küchenschrank 4 M., 50 Wohnstangen 2,50 M. verich. Gartengerät 5 M.

Zu erfragen Ertlingerstr. 19, 1 Tr.

Möbel-Reparaturen.

Alte Eichen- oder Kirschbaum- oder polierte, werden neu bei billiger Berechnung hergerichtet.

Näheres Lammstr. 9, 2. Stk.

La Eiderfettkäse

9 Pf. — M. 6 — franco Dampfkefäbricit Nendsbura.

Unter gebr. Herd für 10 M. und 1 Sitzbadewanne für 25 M. zu verkaufen

Baselstr. 27, 3. r.

2 fl. möblierte Zimmer

mit 2 Betten in freier Lage sind sofort zu vermieten. Zu erfragen im Verlag.

Wegen Erkrankung des jetzigen Wädhens wird ein Mädchen zum

Servieren

gesucht. Näheres Gasthaus z. Schwanen.

Schäferhündin

auf den Namen „Mise“ hörend (schwarz grau) entlassen. Abzugeben

Sichtstr. 18.

Paßbilder

empfohlen von Hermann Traub, Durlach, Zehlsstr. 7, Tel. 401. Amateurbearbeitet werden technischem Gehalt.

Kleine Anzeigen

haben in dieser Zeitung den größten Erfolg.

Arbeits-Bergebung.

Zur Vergrößerung der Dienstanlage im Stadt. Gaswerk sind die

Maurer- und Betonarbeiten

zu vergeben.

Angebote hierauf sind bis spätestens am

Samstag, den 22. Mai ds. Jrs. vormittags 10 Uhr

auf unserem Büro abzugeben, woselbst Bedingungen und Bedingungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare unentgeltlich abgegeben werden.

Durlach, den 14. Mai 1926.
Stadt. Hochbauamt.

Mlee

solwie gutes

Wiesenras

zu kaufen gesucht

Hermann Dreher, Lammstr. 47.

Einen schönen, rot-schneigen, 17-jährigen

Farren

hat zu verkaufen

Katharinenstr. 6. Hele, Langensteinbad.